

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Gerd Walter MdEP und Gert Börnsen MdL fordern die Aufkündigung des Radikalen-Erlasses; Unterstützung vom Europäischen Parlament.

Seite 1

Jan Ehlers weist auf die Belastung des Systems der sozialen Sicherung durch die Massenarbeitslosigkeit hin: Unter finanziellem Druck.

Seite 3

Rainer Messerer MdL verurteilt die „Lähmung“ des bayerischen Instituts für Frühpädagogik: Pflege der „neuen Mütterlichkeit“ vorrangig.

Seite 5

Dokumentation:

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am Dienstagnachmittag eine Entschließung zur US-Militäraktion gegen Libyen verabschiedet, die wir im Wortlaut veröffentlichen.

Seite 6

41. Jahrgang / 72

16. April 1986

Den Radikalen-Erlaß aufkündigen

Sozialdemokratische Kritik an Berufsverboten vom Europäischen Parlament unterstützt

Von Gerd Walter MdEP

Vorsitzender der deutschen Gruppe in der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments und

Gert Börnsen

Mitglied des Landtags von Schleswig-Holstein

Die Berufsverbote in der Bundesrepublik Deutschland stoßen nach wie vor auf großes Befremden im europäischen Ausland. Zu verweisen ist auf den Abschlußbericht des Petitionsausschusses des Europäischen Parlaments, der sich mit über 30 Beschwerden für den öffentlichen Dienst abgelehnter Bewerber befaßt hat.

In diesem Bericht wird die Bundesrepublik aufgefordert, „in dem Bestreben um mehr Transparenz“ die Voraussetzungen für berufliche Beschränkungen im öffentlichen Dienst eindeutig in einem Gesetzestext zu definieren, um eine „extensive und auch mißbräuchliche Anwendung“ bestehender Bestimmungen zu vermeiden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veräußert durch
die Sozialistische Partei
Republik Polen



Wörtlich fordert der Ausschußvorsitzende, der italienische Europaabgeordnete Amadei: „Es sollte ausdrücklich bestimmt werden, daß der Ausschluß aus dem öffentlichen Dienst nur dann gerechtfertigt ist, wenn der Bewerber für diese Stelle unabhängig von seiner politischen Einstellung und seiner Zugehörigkeit zu irgendeiner Partei oder gesetzlich anerkannter Organisation erklärt, daß er die Verpflichtung, für die Grundordnung einzutreten, nicht eingehen will.“

Nur ein solcher Fall könne derartige Ausnahme-Maßnahmen wie das Berufsverbot im öffentlichen Dienst, die im Widerspruch zum Grundsatz der Meinungsfreiheit stehen, rechtfertigen.

Diese Kritik stimmt mit den politischen Forderungen der schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten überein. Die schleswig-holsteinische Landesregierung ist aufgefordert, endlich dem Beispiel des Saarlandes zu folgen und den Ministerpräsidenten-Beschluß von 1972 aufzukündigen.

Eine Abkehr von der illiberalen Berufsverbote-Praxis müßte auch bedeuten, daß nur noch die bestehenden Beamtengesetze angewendet werden und die Regelanfrage beim Verfassungsschutz abgeschafft wird. Die bisherige ungezügelter Weitergabe von Informationen, die geradezu eine Einladung zur Denunziation darstellt, muß umgehend gestoppt werden; allerdings dürfen gerichtsverwertbare Erkenntnisse gesammelt werden. (—/16.4.1986/rs/fr)

* * *



Unter finanziellem Druck

Die Massenarbeitslosigkeit belastet das System der sozialen Sicherung

Von Jan Ehlers

Senator für Arbeit, Jugend und Soziales der Hansestadt Hamburg

Die anhaltende und sich verfestigende Massenarbeitslosigkeit mit bundesweit 1985 jahresdurchschnittlich 2.304 Millionen Arbeitslosen schadet zunächst einmal allen, die das Schicksal der Arbeitslosigkeit trifft.

Die volkswirtschaftlichen Verluste, die dadurch eintreten, daß der produktive Beitrag, zu dem die Menschen ohne Arbeit willens und fähig wären, Jahr für Jahr verloren geht, sind immens. Sie sind höher als die Beiträge, um die das gefeierte wirtschaftliche Wachstum den allgemeinen gesellschaftlichen Wohlstand mehrt.

Darüber hinaus belastet die Massenarbeitslosigkeit aber auch unser System sozialer Sicherung, das für die Wohlfahrt der Bürger und den sozialen Frieden im Lande Voraussetzung ist.

Die Sozialversicherungszweige (Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung, Krankenversicherung) als Bestandteil des Sozialstaates und als Säulen des Systems sozialer Sicherung geraten zunehmend unter finanziellen Druck.

Die originären Funktionen:

- Schutz bei Arbeitslosigkeit,
- Schutz bei Krankheit und
- finanzielle Sicherung bei Invalidität und im Alter

verdeutlichen, daß die Sozialversicherungsträger diese Aufgaben selbst in Zeiten wirtschaftlichen Wachstums schwierig, aber bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit kaum aufrechterhalten können, wenn der Lösung der wirtschaftlichen Krise kein sozialpolitisches Konzept zugrundeliegt, das den gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben gerecht wird.

Die Lohnbezogenheit der Sozialversicherungsbeiträge, das heißt die Grundlage der Erwerbstätigkeit, muß dann zum Problem werden, wenn:

- die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau fortbesteht, und
- Rationalisierungen und neue Technologien immer mehr Erwerbsarbeit „freisetzt“.

Die Folge ist:

- immer mehr Bürger sind auf die sozialen Leistungssysteme angewiesen, und
- immer mehr Bürger fallen aus den Maschen dieses sozialen Sicherungsnetzes heraus.

Die Sozialversicherungsträger tendieren daher in wirtschaftlichen Krisenzeiten zum Defizit.

Einige Berechnungen zeigen beispielhaft auf, welche direkten und engen Zusammenhänge und Abhängigkeiten zwischen Arbeitsmarkt und Rentenversicherung sowie Lohn- und Gehaltssteigerungen bestehen und welcher sozialpolitische Handlungsbedarf gegeben ist, um eine langfristige stabile Finanzierungsgrundlage zu schaffen:

1. Hohe Arbeitslosigkeit und geringe Lohn- und Gehaltssteigerungen führen zu Mindereinnahmen der Rentenversicherungsträger:



- 2,26 Millionen Arbeitslose im Jahre 1983 führten zu Einnahmeverringerungen der Rentenversicherungen von 14 Milliarden DM = neun Prozent der Beitragseinnahmen;
- allein 200.000 Beschäftigte weniger führen zu Einnahmeverlusten von 1,3 Milliarden DM;
- ein Prozent weniger Lohn bedeuten ebenfalls rund 1,3 Milliarden DM geringere Einnahmen der Rentenversicherungsträger.

Die Schere zwischen Einnahme- und Ausgabeentwicklung wird anhalten beziehungsweise sich weiter vergrößern, wenn sich die relativ niedrige Lohnentwicklung, insbesondere gemessen an der Entwicklung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, fortsetzen sollte und die Massenkaufrkraft damit weiter geschwächt wird.

2. Ausgrenzung aus dem Arbeitsförderungsgesetz und Steigerung der Sozialhilfeausgaben der Länder und Gemeinden als Träger:

Die Massenarbeitslosigkeit und die gleichzeitige Ausgrenzung von Arbeitslosen aus dem Leistungsbezug sowie die einschneidenden Leistungskürzungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz vergrößern zugleich auch den Sockel der dauerhaft Arbeitslosen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. So stiegen die gesamten Ausgaben der Stadt Hamburg für die Hilfen zum Lebensunterhalt an private Haushalte von 1980 = 152 Millionen DM auf 1985 = 404 Millionen DM.

Aber auch daran, daß sich die Altersstruktur der Sozialhilfeempfänger geändert hat, wird deutlich, wie sehr heutzutage Hilfsbedürftigkeit die Folge fehlenden Arbeitseinkommens ist. 1981: 44 Prozent aller Haushaltsvorstände waren 65 Jahre und älter, 27 Prozent waren zwischen 20 und 50 Jahre alt. 1985: 20 Prozent aller Haushaltsvorstände waren 65 Jahre und älter, 45 Prozent waren zwischen 25 und 50 Jahre alt.

3. Volkswirtschaftliche Kosten der Arbeitslosigkeit.

Die volkswirtschaftlichen Belastungen durch Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland werden für das Jahr 1983 bei jahresdurchschnittlich 2.258 Millionen Arbeitslosen auf 45 Milliarden DM geschätzt. Ohne sie im einzelnen zu quantifizieren, setzen sich diese Kosten wie folgt zusammen:

- Lohnersatzleistungen
- entgangene Lohnsteuern
- geringeres Mehrwertsteueraufkommen
- Einnahmeausfälle der übrigen Sozialversicherungsträger
- entgangene Beitragszahlungen an die Bundesanstalt für Arbeit.

Alle seriösen Prognosen, auch die von konservativen Instituten, gehen davon aus, daß mit dem von der Bundesregierung vorausgesagtem Wachstum allein die hohe Arbeitslosigkeit nicht abgebaut wird.

Unter Zugrundelegung dieser Prognosen bedeutet dieses, daß die volkswirtschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit bis 1989 auf rund 300 Milliarden DM quantifiziert werden, die Produktionsausfälle nicht eingerechnet!

Vor diesem Hintergrund kommen auf die Sozialversicherungsträger erhebliche finanzielle Probleme zu. Den Entscheidungsträgern in den Sozialversicherungen werden in den kommenden Jahren wichtige sozialpolitische Entscheidungen abverlangt werden. Um so bedeutsamer wird es, wie die Betroffenen selbst ihre Interessen einbringen. Bei den Trägern der gesetzlichen Sozialversicherung (Bundesanstalt für Arbeit, BfA, Landesversicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften, Allgemeine Ortskrankenkassen, Ersatz- und Betriebskrankenkassen) geschieht das über die Selbstverwaltungsorgane - und die werden alle sechs Jahre von den Versicherten neu gewählt. (-/16.4.1986/rs/ks)

* * *



Das bayerische Institut für Frühpädagogik wird gelähmt

Wichtiger als Bildungsfragen erscheint dem Freistaat die Pflege der „neuen Mütterlichkeit“

Von Rainer Messerer MdL

Das dem bayerischen Kultusministerium unterstellte Institut für Frühpädagogik wird um den Bereich „Familienforschung“ erweitert. Eine Änderung, die kategorisch abzulehnen ist. Dadurch wird ein erfolgreiches Institut gelähmt, der Abteilung Frühpädagogik werden dringend benötigte Stellen weggenommen, durch die Stellung der neuen Abteilung Familienforschung unter die Aufsicht des Sozialministeriums sind schwerste Konflikte vorprogrammiert. Das Institut für Frühpädagogik muß in der alten Form weiterbestehen, da viele Fragen der Frühpädagogik - beispielsweise der pädagogischen Anforderungen an die Grundschule - durchaus noch auf wissenschaftlicher Basis erforscht werden müssen.

Auf meine Schriftliche Anfrage erfuhr ich nun vom Kultusministerium, daß die neue Abteilung „Familienforschung“ der zunehmenden Bedeutung dieses Bereiches Rechnung tragen solle. Sie solle sowohl Grundlagenforschung als auch angewandte Forschung betreiben, „um offene Fragen in Bezug auf die Familie auf wissenschaftlicher Grundlage beantworten und somit Entscheidungshilfen geben zu können“. Die neue Fachabteilung stehe unter der Fachaufsicht des Sozialministeriums, das für Familienfragen zuständig sei.

Was hier als Forschungsauftrag neutral formuliert ist, dessen Hintergrund zeigt sich sehr viel deutlicher in der Beschreibung im Arbeitsbericht des Sozialministeriums. Nach diesem Bericht soll die Fachabteilung das „Spannungsfeld Familie und Arbeit“ ebenso untersuchen wie die Veränderungen von Familienstrukturen. Zielrichtung dieser neuen Abteilung ist es, die Politik der neuen Mütterlichkeit, wie sie die Staatsregierung betreibt, die Diskriminierung der berufstätigen Frau und die Rollenzuweisung für die Frauen zu Heim und Kindern, wo die Konservativen die derzeit auf dem Arbeitsmarkt nicht benötigten Frauen gerne hätten, wissenschaftlich bestätigen zu lassen.

Es ist zu bedauern, daß diese parteipolitische Absicht jetzt mit der Arbeit des erfolgreichen Instituts für Frühpädagogik verquickt wird. Ja noch mehr: Die Frühpädagogik verliert ein Drittel ihrer Mitarbeiter an die neue Fachabteilung, obwohl hier nach wie vor ein großer Bedarf in den Bereichen Forschung und Modellversuche herrscht. So ist beispielsweise der pädagogische Übergang vom Kindergarten in die Grundschule noch lange nicht ausreichend gestaltet. Ebenso müßten die Lernhalte der Grundschule selbst dringend korrigiert werden - weg von abfragbaren Wissen, von Leistungsbewertung und Notendruck hin zu einem spielerischen Erfahren, zum sozialen Lernen und zum ungebundenen Finden von Lösungen, wie sie im Kindergarten ermöglicht werden. Gerade der Bereich der Grundschulpädagogik ist längst nicht ausreichend untersucht.

Zu bedauern ist, daß sich das Staatsinstitut nun schon seit Monaten in einer Art Schwebezustand befindet, die dessen Arbeit erschwert und zum Teil lähmt. Es ist zu befürchten, daß dieser Zustand auch nach der Übergangsphase nicht beseitigt ist, sondern dann konkrete Interessenkollisionen zwischen Frühpädagogik und Familienforschung auftreten. Augenscheinlich wird dies schon dadurch, daß das Staatsinstitut in Zukunft zwei Herren haben wird - das Kultusministerium für den Bereich „Frühpädagogik“ und das Sozialministerium für den Bereich „Familienforschung“. Schon aus dieser organisatorischen Konstruktion heraus sind Konflikte vorprogrammiert. (-/16.4.1986/rs/ks)

* * *

DOKUMENTATION

Jeden Schritt vermeiden, der zu einer weiteren Zuspitzung der Lage führen würde

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat am Dienstagnachmittag ohne Gegenstimme nachstehende Entschließung verabschiedet.

Die gegen Libyen gerichtete Militäraktion der Vereinigten Staaten ist zu verurteilen. In ihrer verständlichen Empörung über den internationalen Terrorismus, der von Oberst Gaddafi, aber auch von anderen Regierungen gefördert wird, hat die Regierung in Washington das Augenmaß verloren.

Noch gestern haben sich die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft mit dem Appell an die amerikanische Regierung gewandt, keine Militäraktion gegen Libyen zu unternehmen. Washington hat mit seinem Vorgehen deutlich gemacht, welch geringes politisches Gewicht es der Europäischen Gemeinschaft und seinen europäischen Verbündeten beimißt. Und zwar auch denen, die in unmittelbarer Nähe des Krisenherdes leben. Die Bundesrepublik ist darüber hinaus durch Washington noch zusätzlich bloßgestellt worden, da die Administration noch nicht einmal die Ankunft des auf dem Fluge nach Washington befindlichen Bundesaußenministers abgewartet hat. Ein derartiger Umgang mit den Verbündeten fügt der Allianz beträchtlichen Schaden zu.

Die Europäer sind sich mit den Amerikanern in der Verurteilung des internationalen Terrorismus einig, der viele Opfer gefordert hat. Die Bundesrepublik hat unter sozialdemokratischen Bundeskanzlern terroristischen Anschlägen und Drohungen mit Besonnenheit und Festigkeit widerstanden und dabei Erfolge erzielt. In gleicher Weise muß jetzt dem internationalen Terrorismus mit zusätzlichen Kontroll- und Schutzmaßnahmen, mit verstärkter internationaler Zusammenarbeit bei der Aufklärung derartiger Anschläge und der Bestrafung der daran Beteiligten begegnet werden. Notwendig sind neben den vom EC-Außenministerrat gestern in Bezug auf Libyen vorgeschlagenen Schritten auch Anstrengungen zur Lösung der Krisen in der Region, insbesondere der Palästinenser-Frage, die eine wichtige Ursache der Spannungen im Nahen Osten darstellen.

Der Bombenangriff der Vereinigten Staaten hat den Tod auch unbeteiligter Menschen verursacht. Militäraktionen tragen nicht zur Überwindung des internationalen Terrorismus bei. Im Gegenteil: Sie werden den Terrorismus eher anstacheln und zu Solidarisierungen in der islamischen Welt führen.

Die gestrige Militäraktion kann außerdem eine Eskalation auslösen, die sich der Kontrolle entzieht und den Weltfrieden in Frage stellt. Schon jetzt belastet das Vorgehen der US-Administration die Beziehungen zwischen den Supermächten und beeinträchtigt die durch das Treffen in Genf geweckten Erwartungen. Die Europäische Gemeinschaft und die Bundesrepublik müssen alles tun, um dieser gefährlichen Entwicklung entgegenzuwirken. Es ist jetzt notwendig, alles zu unternehmen, damit alle Beteiligten jeden Schritt vermeiden, der zu einer weiteren Zuspitzung der Lage führen würde. Dazu ist auch eine Fortsetzung der Gespräche zwischen den beiden Supermächten erforderlich.

(-/16.4.1986/rs/ks)

* * *

